

## Ibiza-Gate: Politisches Beben erschüttert Österreich

von Norbert Wiersbin

Am frühen Abend des 17. Mai 2019 platzte die Bombe und dürfte ein politisches Erdbeben in Österreich verursacht haben, das die 2. Republik nachhaltig erschüttern wird. Zeitgleich um 18 Uhr veröffentlichten die Onlineausgaben des Spiegel<sup>1</sup> und der Süddeutschen Zeitung<sup>2</sup> Beiträge über ein heimlich aufgenommenes Video aus 2017, das den FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache und den heutigen FPÖ- Clubobmann (Fraktionsvorsitzenden) im Nationalrat Johann Gudenus bei einem Strategiegespräch mit einer vermeintlichen russischen Oligarchennichte auf der Ferieninsel Ibiza zeigt.

Das inkriminierende Material, das im Vorfeld auch der Redaktion des Falter<sup>3</sup> vorlag, soll ein Datenvolumen von über 100 Gigabyte umfassen, mithin Videoaufzeichnungen von deutlich mehr als sechs Stunden. Veröffentlicht wurden bis heute lediglich wenige Minuten, doch die haben es in sich: Die zusammengeschnittenen Szenen zeigen Strache und Gudenus (nebst dessen Frau) in feuchtfröhlicher Runde, die „Oligarchentochter“ tritt nur in einer kurzen Sequenz mit dem Rücken zur Kamera ins Bild während sie sich neben den Vizekanzler setzt. Der schwadroniert euphorisch darüber, wie sich eine Viertelmilliarde Schwarzgeld für beide Seiten gewinnbringend veranlassen lassen. Über einen „gemeinnützigen Verein“ wäre eine Wahlkampfhilfe in Höhe von 500 Tsd. Bis 2 Millionen Euro denkbar, ohne dass davon der Rechnungshof Wind bekomme und somit eine gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung zu umgehen sei - ein eindeutiger Umgehungstatbestand hinsichtlich des gültigen Parteienfinanzierungsgesetzes. Eine, so Strache, bereits bewährte Methode, praktiziert durch superreiche Spender und nennt dabei sogar einschlägig bekannte Namen. Da diese jedoch unmittelbar nach Bekanntwerden vehement abstreiten, mit solchen Machenschaften je etwas zu tun gehabt zu haben, wollen wir an dieser Stelle auf deren Nennung wohlweislich verzichten.

Als Gegengeschäft bietet Strache, sobald er in Regierungsverantwortung sei, gleich ein ganzes Bündel Möglichkeiten an, um größtmöglichen Einfluss auf die österreichische Politik und Wirtschaft zu erlangen: Eine Beteiligung um 50 Prozent an der mit Abstand auflagenstärksten Boulevard-Zeitung „Krone“ (die sodann auf Parteilinie umgebaut werden soll). „Wir wollen eine Medienlandschaft ähnlich wie der Orbán aufbauen“, lässt er verlautbaren und offenbart damit einmal mehr seine Abscheu gegenüber der Pressefreiheit. Darüber hinaus ließen sich milliardenschwere Infrastrukturmaßnahmen über ein neu zu gründendes Unternehmen abwickeln, um den ungeliebten Strabag-Eigentümer und Neos-Financier Hans-Peter Haselsteiner aus dem Geschäft zu drängen. „Alle staatlichen Aufträge, die jetzt die Strabag kriegt, kriegt sie (die vermeintliche Oligarchin) dann. Weil den Haselsteiner will ich nicht mehr“, kündigt der FPÖ-Lautsprecher im Vorgriff seiner Regierungsübernahme an. Aber auch die Wasserversorgung will er privatisieren, man könne „eine Struktur schaffen, wo wir das Wasser verkaufen, wo der Staat eine Einnahme hat und derjenige, der das betreibt, genauso eine Einnahme hat“. Allein über die Prozente ließe sich streiten, nicht aber über das Prinzip neoliberalen Ausverkaufs öffentlicher Güter.

---

1 <https://www.spiegel.de/politik/ausland/heinz-christian-strache-geheim-videos-belasten-fpoe-chef-a-1268059.html>

2 <https://www.sueddeutsche.de/politik/strache-video-fpoe-oesterreich-ibiza-1.4451784>

3 <https://www.falter.at/archiv/wp/die-geheimen-strache-videos-worum-es-geht-strache-videos?fbclid=IwAR17iWAepc5IktT-blQHDM9LRaHguQw4lQqFAeP700UBRFERufeAWaj-nW4>

Erste Reaktionen von Seiten der „Freiheitlichen“ ließen nicht lange auf sich warten: Generalsekretär Christian Hafenecker erkannte einen wiederholten „Versuch eines politischen Auftrags-Attentats“, kündigte die Überprüfung des „ganz offensichtlich illegal aufgenommenen“ Videomaterials und entsprechende Rechtsschritte an.“<sup>4</sup> Und begab sich und die Blauen damit – wie in unzähligen vorangegangenen Einzelfällen seit Regierungsantritt – in die Opferrolle. Hilflöse Angriffe auf den oder die Widersacher folgten, nur sollte diese Strategie für die Täter nun nicht mehr aufgehen.

Umgehend forderten (fast) sämtliche Oppositionsparteien den Rücktritt von Strache und Gudenus, Neos, Grüne und die Liste JETZT gar Neuwahlen, um der politischen Hygiene Rechnung zu tragen. Allein der SPÖ-Geschäftsführer Thomas Drozda gab sich im ORF-Interview zu dieser Frage bedeckt und spielte den Ball an den amtierenden Regierungschef zurück. Wohlwissend, dass seine Partei seit dem Machtverlust und dem Bruch der großen Koalition zu schwach aufgestellt ist, um aus einem erneuten Wahlgang mit signifikanten Zugewinnen hervorgehen zu können.

Von Kanzler Kurz, dem der Koalitionspartner gerade wegbricht, war zu dieser Zeit keine Stellungnahme zu vernehmen, er blieb zunächst lieber seinem Ruf als „Schweigekanzler“ treu. Wie auf allen Sendern des österreichischen Fernsehens am späteren Abend allerdings berichtet wurde, brannten im Kanzleramt bis tief in die Nacht die Lichter. Ein Zeichen dafür, dass die Krisenstäbe in heller Aufregung waren und noch lange nicht ausgelotet war, welche Konsequenzen nun gezogen werden sollten. Kurz und seine Strategen benötigten denn auch geschlagene sechszwanzig Stunden, um vor der versammelten Presse aus dem In- und Ausland ihre Entscheidung zu verkünden und die heißt: „Genug ist genug, wir beantragen Neuwahlen zum frühestmöglichen Zeitpunkt“.

Inzwischen hatten Strache und Gudenus ihre Rücktritte erklärt, zu groß war der öffentliche und mediale Aufschrei bereits innerhalb weniger Stunden geworden.<sup>5</sup> Auch Strache begab sich – seiner langen Linie treu – in seiner Abschiedsrede in die Opferrolle, sah sich wie schon tags zuvor sein Generalsekretär als Zielscheibe eines politischen Attentats und beklagte sich über die kriminellen Machenschaften, hinter denen er sogar ominöse geheimdienstliche Kreise vermutete. Sein Statement nutzte er vorrangig für einen Rundumschlag auf den politischen Gegner und erging sich in Mitleid erheischender Larmoyanz darüber, wie zahlreich die Versuche in der Vergangenheit bereits gewesen seien, ihn zu Fall zu bringen. „Gesteuerte falsche Drogengerüchte“, „Versuche, mich ins rechtsextreme Eck zu drängen und mich auf unterschiedlichen Ebenen zu diskreditieren.“ Er habe „in den letzten drei Jahren viel an Verleumdungen und Diffamierungen aber auch an Böswilligkeiten erleben müssen“, nun sei aber eine völlig neue Dimension erreicht, die „an Perfidie und Niederträchtigkeit nicht zu übertreffen“ sei. Illegale und strafrechtlich bedenkliche Methoden sowie aus dem Zusammenhang gerissene Gesprächsausschnitte seien dazu genutzt worden, um ihn und seinen Kumpanen Gudenus „zu Straftaten zu bestimmen bzw. zu Statements zu verleiten, die strafrechtlich bedenklich sein könnten“, die die beiden Partygäste gezielt beschädigen sollten. Dabei habe er im Verlauf des Gespräches doch immer wieder penibel auf die Einhaltung aller rechtlichen Bestimmungen hingewiesen und es gäbe und gibt bei ihm keine illegalen Vorgänge oder Handlungen. Strache, der Saubermann. Strache, das ewige Opfer.

---

<sup>4</sup> <https://derstandard.at/2000103364196/Strache-soll-Staatsauftraege-fuer-Wahlkampfspenden-in-Aussicht-gestellt-haben>

<sup>5</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=laFZcJDzng8>

Dann aber doch das Eingeständnis, nach siebenstündigem Alkoholgenuss und in einer intimen Atmosphäre katastrophale und peinliche Aussagen getroffen zu haben, für die er sich bei seinen Parteifreunden und Wählern, aber auch bei seiner Frau entschuldigen wolle. Um gleich wieder in den Angriffsmodus zu wechseln und der versammelten Presse Verstöße gegen deren Ehrenkodex und die journalistische Sorgfaltspflicht unter die tränentriefenden Nasespitzen zu reiben. Erst nach guten neun Minuten folgte die erwartete Rücktrittserklärung: „In meiner Verantwortung für dieses Projekt, dies tue ich in meiner Verantwortung auch einen weiteren Schaden von meiner Familie und vor meiner Partei und auch dem Amt abzuwenden“. Strache, der „elder statesman“.

Auf dem Ballhausplatz (vor dem Regierungssitz) hatten sich inzwischen tausende Bürgerinnen und Bürger zu einer spontanen Demonstration versammelt, um den historischen Ereignissen beizuwohnen und lauthals „Neuwahlen“ zu skandieren. In atemberaubendem Tempo wuchs die Menge an, ein Novum in der Geschichte Österreichs und zweifelsohne den mächtigen Organisationspotentialen der sogenannten Sozialen Medien wie Facebook, Twitter & Co zu verdanken. Beharrlich warteten die Menschen auf die für den frühen Nachmittag angekündigte Erklärung des Kanzlers, der dann doch bis kurz vor 20 Uhr auf sich warten ließ. Je länger die Zeit des Wartens wurde, desto mehr nährte sich eine Spekulation. Versucht Sebastian Kurz doch noch, die Koalition zu retten? Er soll einen Deal angeboten haben: Der umstrittene Innenminister Kickl wird zurückgezogen, im Gegenzug die Koalition fortgeführt. Doch daraus wurde nichts, engere Kreise der FPÖ ließen schnell verlautbaren, dass die rechte Galionsfigur nicht geopfert würde. „Dann halt ohne uns“ aber auch „jetzt erst recht“ schallt es seitdem drohend aus der rechten Wagenburg.

So kam, was zahlreiche Beobachter bereits kurz nach der Veröffentlichung des „Ibiza-Gate“ für unabweislich hielten: Am Samstagabend trat Kurz mit der Ankündigung vor die Presse, er habe „dem Bundespräsidenten vorgeschlagen, vorgezogene Wahlen in Österreich durchzuführen. Und zwar zum schnellstmöglichen Zeitpunkt.“<sup>6</sup> Dabei lässt er (auch bis zum Redaktionsschluss für diesen Beitrag) offen, wie er die Übergangszeit bis zum Wahltermin gestalten will. Bleiben die freiheitlichen Minister bis dahin im Amt, sollen sie etwa die allseits geforderte und auch von Kurz angekündigte Aufklärung der Affäre bewerkstelligen? Unvorstellbar für die Opposition, mit den zuständigen Ministern Kickl (Inneres, FPÖ) und Moser (Justiz, früher FPÖ, jetzt parteilos) würden die Böcke geradezu zum Gärtner gemacht. Nicht verwunderlich, dass der Ruf nach deren Entlassung von Stunde zu Stunde lauter und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angekündigt wird. Vorsorglich hat die SPÖ bereits einen Antrag auf Sachverhaltsdarstellung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft in Wien eingereicht.<sup>7</sup> Deren Spitzenkandidat für die EU-Wahlen Andreas Schieder geht noch weiter: Er vermutet, dass nach Prüfung des bislang unveröffentlichten Videomaterials auch die ÖVP und damit der amtierende Kanzler in arge Bedrängnis geraten könnten.

Das alles ficht den Kanzler bislang nicht an. In seiner ausgefeilten, vor Eigenlob überquellenden Rede, startete der Amtsinhaber sogleich in den Wahlkampfmodus und warb in froher Hoffnung um eine absolute Mehrheit: „Ich glaub fest daran, dass es in unserem Land, wenn es regierbar sein soll, klare Verhältnisse und somit auch einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben sollte, die das Land führen möchte.“ Diese „eine Person“ kann selbstredend nur er selber sein. Heilsbringer Sebastian also, von jeder Selbstkritik befreit, wie auch die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl in einer

---

<sup>6</sup> <https://neuwahl.com/2019/05/18/transkript-pressekonzferenz-sebastian-kurz-strachevideo/>

<sup>7</sup> <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2009979-SPOe-zeigt-FPOe-Chef-Strache-an.html>

beißen Kritik an Kurzens Statement festhält: „Als Fazit lässt sich festhalten, dass es zu 99 % nur um Kurz, seine Rolle und sein Empfinden für uns und unser Empfinden für ihn geht. Es geht nicht auf einer Sachebene um die schweren Verfehlungen der FPÖ oder den Schaden für die Republik. Es geht nur um Kurz. Es ist faszinierend, wie viel man über sich selbst reden kann.“<sup>8</sup>

Wohlthuend sachlich bezog hingegen Alexander Van der Bellen Stellung zur Affäre. Von einem „verstörenden Sittenbild“, das dem Land und seinen Menschen nicht gerecht werde und „einer dreisten Respektlosigkeit“ gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern sprach der Bundespräsident in einer Erklärung, die der ORF am Samstagabend ausstrahlte.<sup>9</sup> Wenn das grundsätzliche Vertrauen in die Institutionen erschüttert würde, stünde die Handlungsfähigkeit einer Regierung in Frage. Nun bedürfe es einer schonungslosen Aufklärung durch die Executive und Justiz. Als Einziger verweist er auf die zentrale Rolle eines unabhängigen Journalismus in einer liberalen Demokratie. In diesem Falle habe „die sogenannte vierte Macht ihre Verantwortung voll wahrgenommen.“ Um einen Neuaufbau des Vertrauens wiederherzustellen unterstütze er einen vorgezogenen Urnengang im September. „Die heutigen Rücktritte waren ein erster Schritt, es darf aber kein Zweifel daran zurück bleiben, dass nicht einzig das Wohlergehen unseres Landes im Zentrum aller politischen Bemühungen der Verantwortungsträger steht.“

Hybris kommt vor dem Sturz, das haben Strache und Gudenus in diesen Tagen hautnah erlebt. Ob ein Sebastian Kurz allerdings auf den ausgetretenen Pfaden eines Wolfgang Schüssel davon verschont bleiben und als unbefleckter Sieger aus der anstehenden Wahl hervorgehen wird, das vermögen heute allenfalls die Wiener Kaffeesatzleser vorauszusagen. Eines scheint jedoch so sicher wie das Amen im Stephansdom: Diese Staatskrise wird noch lange Zeit nachhallen.

---

<sup>8</sup> <https://www.falter.at/archiv/wp/ich-ich-ich?fbclid=IwAR27XMkF3OGB6MKfrdaFPCpXNoXfhjPadAw3PHhF2tfqBK0dYEzitEgqPNY>

<sup>9</sup> <https://tvthek.orf.at/profile/Erklaerung-von-Bundespraesident-Alexander-Van-der-Bellen-zur-Regierungskrise/13890474/Erklaerung-von-Bundespraesident-Alexander-Van-der-Bellen-zur-Regierungskrise/14014055>